

April 2020

Länderbericht

Länderbüro Syrien / Irak



Syrien: Eskalation als Verhandlungsstrategie

Idlib: Ausgangslage – Interessen – Szenarien

David Labude, Gregor Jaecke

Zu Jahresbeginn 2020 erreichten die Kämpfe um die syrische Provinz Idlib, die letzte Rebellen-Hochburg des Landes, einen neuen Höhepunkt. Infolge der Kämpfe flohen über eine Million Zivilisten, davon 80 Prozent Frauen und Kinder, Richtung türkische Grenze. Es war die massivste Fluchtbewegung seit Ausbruch des Syrienkrieges 2011. Die Vereinten Nationen sprachen von „der größten humanitären Horror-Story des 21. Jahrhunderts“.

In Idlib stehen sich syrische und russische Streitkräfte sowie Iran-nahe Milizen auf der einen und verschiedene Rebellengruppen, teils unterstützt von der türkischen Armee, auf der anderen Seite gegenüber. Kurzzeitig drohten die Kämpfe sogar in eine direkte Konfrontation zwischen Syrien, Russland und dem Nato-Mitglied Türkei umzuschlagen. Am 5. März 2020 verhandelten Moskau und Ankara eine Waffenruhe. Doch die Übereinkunft dürfte eine endgültige Entscheidung zur Zukunft Idlibs lediglich hinauszögern: Syrien und Russland sind entschlossen, die Herrschaft des Assad-Regimes im ganzen Land wiederherzustellen. Die Türkei hält indessen an der Unterstützung der Opposition in Idlib fest und verlegt weitere Truppen in die Provinz.

Ein direkter Konflikt zwischen der Türkei und Russland um Idlib bleibt indessen unwahrscheinlich. Die Machtdemonstrationen scheinen vielmehr Verhandlungsstrategie für einen umfassenderen Kompromiss zu sein.

Der Rebellen letzte Zuflucht: Idlib

Die Provinz Idlib ist aus verschiedenen Gründen von entscheidender Bedeutung. Vor allem ist sie die einzige noch von den Rebellen beherrschte Region in Syrien. Auch ist Idlib die letzte Zuflucht für syrische Binnenflüchtlinge, die aufgrund der vom Regime praktizierten Taktik des Belagerens, Aushungerns und

schließlich Evakuierens von Rebellengebieten bereits aus anderen Landesteilen hierher geflohen sind. In Idlib scheint dieses Vorgehen nun an einem Endpunkt angelangt zu sein, denn es gibt vorerst keinen weiteren Zufluchtsort.

Auch in der Historie des Kriegsgeschehens nimmt Idlib eine Sonderrolle ein, denn lange herrschte hier die säkulare Opposition, die sich sowohl dem Assad-Regime

als auch dschihadistischen Milizen widersetzte. Früh formierte sich hier der Widerstand gegen die Herrschaft Damaskus. Bereits 2012 entritt die Freie Syrische Armee (FSA) große Teile Idlibs dem Regime. Spätestens seit 2015 dominierten dann aber dschihadistische Milizen wie die al-Nusra-Front die Provinz. Bis heute herrschen dort rivalisierende Rebellengruppen: Laut Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) unterhalten sowohl al-Qaida als auch der sogenannte Islamische Staat (IS) dort Netzwerke. Die derzeit stärkste bewaffnete Gruppierung ist allerdings die Miliz Hay'at Tahrir al-Sham (HTS), die weithin als Nachfolger der al-Nusra-Front angesehen wird. Laut Schätzungen befinden sich heute insgesamt etwa 70.000 oppositionelle Kämpfer in Idlib.¹

Dazu ist die Provinz die letzte noch nicht gefallene ‚Deeskalationszone‘. Ursprünglich waren im Astana-Prozess – einer Abfolge von Gesprächen zwischen der Türkei, Russland und dem Iran in der kasachischen Hauptstadt – 2017 vier solche Gebiete vereinbart worden. Lebten in der Provinz Idlib 2011 etwa eineinhalb Millionen Menschen, beherbergt sie mittlerweile über 3,5 Millionen Syrer. Etwa die Hälfte der heutigen Bevölkerung floh aus den anderen ‚Deeskalationszonen‘ Homs, Daraa und Ost-Ghuta sowie aus Aleppo hierher. Für das Assad-Regime ist Idlib von strategischer Bedeutung: Hier treffen die wichtigen Fernstraßen M4 und M5 aufeinander, diese verbinden das Wirtschaftszentrum Aleppo mit Damaskus im Süden und der Hafenstadt Latakia im Westen.

Gemäß der Übereinkunft von Astana richtete die türkische Armee ab September 2017 insgesamt 12 Beobachtungsposten in der ‚Deeskalationszone Idlib‘ ein. Damit einher ging die Verpflichtung, dass Ankara die Rebellen in Idlib entwaffnet und den freien Verkehr auf den Fernstraßen M4 und M5 gewährleistet. Im Gegenzug sicherten Moskau und Damaskus zu, von Angriffen auf die Provinz abzusehen.

Mit der Kontrolle Idlibs beabsichtigte die Türkei, kurdische Autonomiebestrebungen einzudämmen. So

fürchtete Ankara, dass die Kurden ihren Einflussbereich über die Provinz Afrin hinaus nach Idlib und bis ans Mittelmeer ausweiten könnten. Zudem wollte die Türkei einen Rückzugsraum für syrische Binnenflüchtlinge schaffen, auch um einen weiteren Zustrom ins eigene Land zu verhindern. Denn die Türkei beherbergt bereits 4,1 Millionen Flüchtlinge, was sowohl sozial als auch ökonomisch eine Mammutaufgabe ist. Türkeifreundliche Milizen wie die FSA und die Hamza-Brigaden unterstützten Ankaras Vorhaben.²

Erneute Kämpfe in 2020 und eine brüchige Waffenruhe

Um den Jahreswechsel 2019 / 2020 begann das syrische Regime eine erneute Offensive gegen Idlib, mit dem Ziel, die Herrschaft der Rebellen endgültig zu zerschlagen.³

Die Konfliktparteien wiesen sich gegenseitig die Schuld an der Eskalation zu: Moskau und Damaskus warfen der Türkei vor, dass es ihr nicht gelungen sei, die Rebellen, wie vereinbart, zu entwaffnen. Diese hätten den Waffenstillstand verletzt und hielten weiterhin die M4 und M5 blockiert. Die Türkei beschuldigte Russland und Syrien ihrerseits, die Waffenruhe mehrfach gebrochen zu haben.

Die syrische Armee konnte im Verlauf der Offensive weite Teile der Provinz zurückerobern, darunter die M5.⁴ Bei ihrem Vormarsch kam es wiederholt zu direkten Konfrontationen mit türkischen Streitkräften. Auch die russische Luftwaffe bombardierte türkische Ziele. Einen verheerenden Schlag erlebten die türkischen Truppen vor allem am 27. Februar 2020, als 34 Soldaten bei einem Luftschlag getötet wurden. Sowohl Ankara als auch Moskau dementierten – entgegen der Meinung von Militärexperten –, dass daran auch die russische Luftwaffe beteiligt war, und machten ausschließlich Damaskus dafür verantwortlich. Die Türkei erwiderte die Angriffe, besonders türkische Drohnen richteten schwere Schäden und Verluste unter syrischen Truppen an.⁵

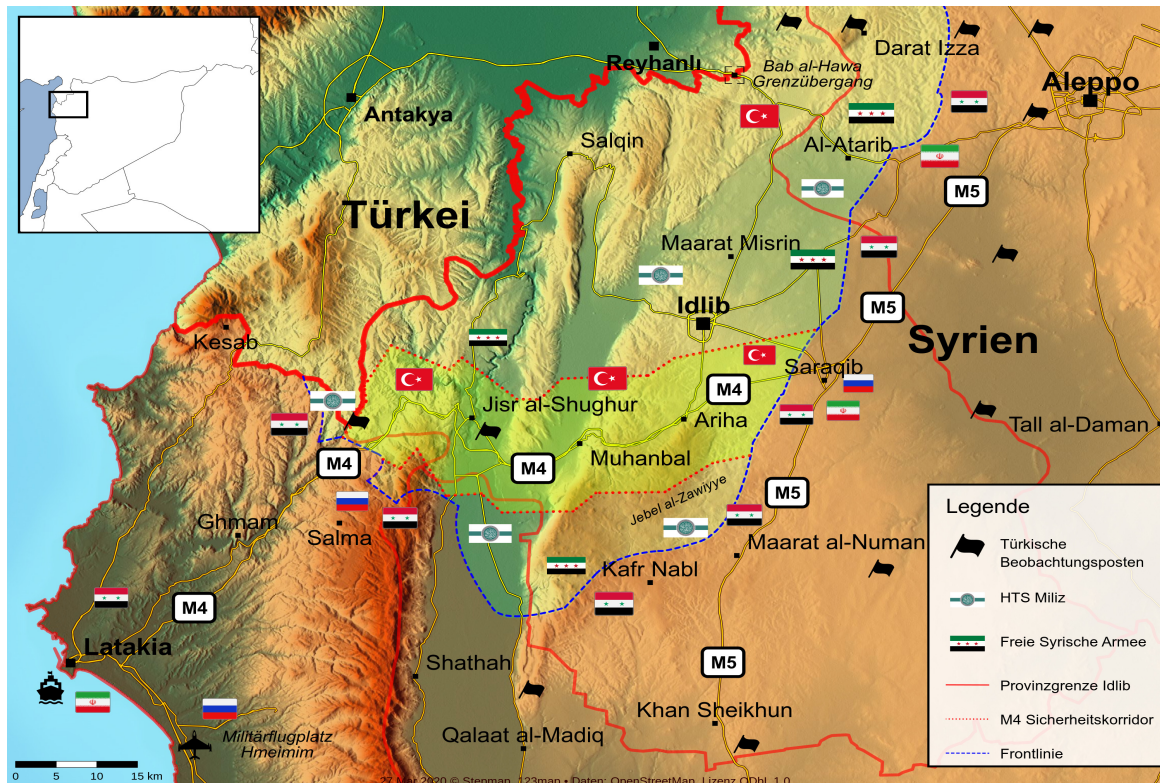
¹ Die Angaben über die genaue Stärke der Rebellen in Idlib ist unklar. Laut Sicherheitsrat der VN befinden sich etwa 5.000 Kämpfer der al-Qaida-nahen Hurras al-Din und etwa 15.000 Kämpfer der HTS Miliz in Idlib. Vgl. [„UN-Security Council Report S/2020/53“](#), 20. Januar 2020, S.7f; Hinzu kommen laut Bundesregierung etwa 50.000 Kämpfer, die nicht mit al-Qaida assoziiert sind, vgl. [„Deutsche Regierung: Mehr als 10.000 Terroristen in Idlib“](#), *Der Standard*, 1. Oktober 2018; Die Zahl von 70.000 Rebellen nennt auch eine türkische Nachrichtenagentur. Vgl. [„Die gemäßigte Opposition – Die Hauptkraft in Idlib“](#) (المعارضة المعتدلة - القوة الأساسية في إدلب), *Anadolu Agency*, 11. September 2018.

² Vgl. zu den türkischen Zielen in Idlib, [„Die Idlib-Operation in acht Fragen“](#) (8 soruda TSK'nın İdlib harekati), *Yeni Şafak*, 7. Oktober 2017.

³ Die neuen Angriffe auf Idlib begannen am 19. Dezember 2019. Die syrische und russische Armee hatten im Zeitraum April bis August 2019 bereits eine erste Offensive gegen die Provinz Idlib durchgeführt.

⁴ Acht der türkischen Beobachtungsposten befinden sich in Folge der syrischen Offensive auf vom Regime kontrolliertem Gebiet. Die Türkei hält dennoch an ihnen fest. Türkische Militärangehörige sind dort weiterhin stationiert.

⁵ Allein im Februar 2020 starben 63 türkische Soldaten durch syrisch-russische Angriffe. Auf syrischer Seite fielen über 700 Kämpfer. Vgl. [„Die höchste Anzahl seit 23 Monaten, im Februar 2020 kommen 1771 Personen zur Liste menschlicher Verluste in Syrien hinzu“](#) (في أعلى حصيلة منذ 23 شهراً، فبراير 2020 يضم 1771 شخصاً إلى قائمة الخسائر البشرية في سوريا), *Syrian Observatory for Human Rights*, 1. März 2020. Unter den Toten auf Seiten des



Keine Seite schien willens nachzugeben: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan betonte, Idlib nicht dem syrischen Regime zu überlassen. Der syrische Machthaber Baschar al-Assad bekräftigte indessen, jeden Zentimeter Syriens befreien zu wollen und bezeichnete die Äußerung seines Amtskollegen als „leere Worthülsen aus dem Norden“.⁶

Am 5. März 2020 beendete eine zwischen der Türkei und Russland ausgehandelte Waffenruhe die Kämpfe, zumindest vorerst. Es ist bereits der vierte zwischen den Konfliktparteien verhandelte Waffenstillstand in Idlib seit 2017. Laut der in Moskau getroffenen Übereinkunft verbleiben die von der syrischen Armee seit Dezember 2019 eroberten Gebiete unter der Kontrolle des Regimes. Außerdem wurde entlang der M4 ein zwölf Kilometer breiter sogenannter Sicherheitskorridor errichtet, der mithilfe gemeinsamer türkisch-russischer Patrouillen abgesichert werden soll. Die Türkei erneuerte ihre

Zusage, die Rebellengruppen – insbesondere die HTS – zu entwaffnen.

Die Waffenruhe wurde nach ihrem Inkrafttreten bereits mehrfach verletzt und die Konfliktparteien nutzen die Feuerpause dazu, weitere Truppen nach Idlib zu verlegen. Außerdem gehen die Kämpfe zwischen syrischen und türkischen Truppen derweil in anderen Teilen Syriens weiter.⁷ Es ist zudem fraglich, ob sich die Rebellen an die Feuerpause halten werden. Die Moskauer Übereinkunft dürfte deshalb nicht von Dauer sein.

Potential für eine Einigung trotz divergierender Interessen

Trotz anhaltender Spannungen ist eine größere militärische Konfrontation zwischen der Türkei und der syrisch-russischen Allianz nicht zu erwarten. Vielmehr sind die mitunter tödlichen Machtdemonstrationen

syrischen Regimes sind laut SOHR auch 14 Kämpfer der libanesischen Hisbollah-Miliz und 38 weitere nichtsyrische Personen.

⁶ Vgl. „Präsident Assad in einer Fernsehansprache anlässlich der letzten Befreiungskämpfe“, (الرئيس الأسد في كلمة متلفزة بمناسبة معارك التحرير الأخيرة), SANA, 17. Februar 2020.

⁷ Am 10. März 2020 bombardierte die syrische Armee türkische Stellungen und mit der Türkei verbündete Milizen bei Tal Abyad – östlich des Euphrats. Türkische Streitkräfte beschossen ihrerseits syrische Truppen, vgl. „Regimekräfte beschießen Stellungen der Rebellen und türkische Streitkräfte bei Tal Abyad

– Letztere greifen Gegenden bei Ain Issa an“ (قوات النظام تقصف مواقع للفصائل والقوات التركية بريف تل أبيب والأخيرة تستهدف مناطق بريف عين عيسى), Syrian Observatory for Human Rights, 10. März 2020; Die syrische Armee beschoss zudem Ziele innerhalb der sogenannten „Putin-Erdogan-Zone“, d.h. des Sicherheitskorridors, entlang der M4 Fernstraße in der Provinz Idlib, vgl. „Regimekräfte brechen Waffenruhe in der ‚Putin-Erdogan‘ Zone und greifen bei Aleppo und Idlib an“ (قوات النظام تخرق الهدوء في منطقة بوتين-أردوغان وتستهدف ريفي حلب وإدلب), Syrian Observatory for Human Rights, 10. März 2020.

tatsächlich Anzeichen dafür, dass sowohl Ankara als auch Damaskus und Moskau eine Verhandlungslösung anstreben. Denn das militärische Muskelspiel dient dazu, die eigene Position im Vorfeld weiterer Verhandlungen zu stärken. Keine Seite sucht ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang in Idlib.

Erdogan hat derweil die Krise internationalisiert, indem er die Grenze zu Griechenland und damit der EU zeitweise für Flüchtlinge öffnete. Ankara beabsichtigte damit, auf die schwierige Lage des Landes aufmerksam zu machen und die Unterstützung insbesondere der EU-Mitgliedstaaten zu erwirken, nachdem vorherige Gespräche mit Russland sowie ein Appell an die NATO ergebnislos geblieben waren.

Baschar al-Assad hatte bereits am 9. Dezember 2019 ein Verhandlungsangebot unterbreitet. Daraufhin trafen sich Vertreter Syriens, Russlands und der Türkei in Moskau. Dies verdeutlicht, dass im Prinzip alle Parteien eine Verhandlungslösung anstreben. Denn letztlich bestehen neben divergierenden Zielen zahlreiche gemeinsame Interessen in Syrien und in der Region. Tatsächlich schaffen unterschiedliche Priorisierungen der Akteure Raum für Kooperation und Entspannung.

Türkische Interessen

Für Ankara ist Idlib vor allem auch von innenpolitischem Interesse: Das Land trägt mit 4,1 Millionen Flüchtlingen, darunter 3,7 Millionen Syrern, die höchste Flüchtlingslast. Dies ist eine enorme Bürde für die türkische Wirtschaft, die sich seit 2018 in einer Rezession befindet. Auch Teile der türkischen Gesellschaft sind gegen die Aufnahme weiterer Ausländer. Mithilfe der ‚Deeskalationszone‘ in Idlib versucht Ankara einer erneuten Fluchtbewegung in die Türkei entgegenzuwirken.

Hinzu kommt ein aus türkischer Sicht berechtigter sicherheitspolitischer Aspekt: Ankara fürchtet Angriffe bewaffneter kurdischer Gruppen wie den Volksverteidigungseinheiten (YPG). Mit der Schaffung dreier Sicherheitszonen entlang der türkisch-syrischen Grenze versucht die Türkei deren Einfluss zu beschränken bzw. eine kurdische Autonomieregion im Norden Syriens zu verhindern.

Idlib könnte nun zur Erreichung dieses Ziels als Verhandlungsmasse genutzt werden. Für einen vollständigen Abzug aus der Provinz dürfte Ankara daher größere Mitbestimmung in Nordostsyrien einfordern.

Die Krise in Idlib belastet die russisch-türkischen Beziehungen, die in den vergangenen Jahren eigentlich durch verstärkte wirtschaftliche Kooperation geprägt waren. So baut Russland zurzeit das erste Atomkraftwerk der türkischen Republik, den Akkuyu-Reaktor an der Mittelmeerküste. Russisch-türkische Projekte wie die TurkStream-Pipeline gewähren Ankara Ressourcensicherheit. Außerdem liefert Russland seit 2019 S-400 Luftabwehrraketen an die Türkei, was zu einer schweren Krise mit den Amerikanern und der NATO geführt hat.

Doch aus strategischer Perspektive stärkt die Türkei durch ihre Beziehungen zu Moskau ihre Position gegenüber der EU und den USA, da sie sich unabhängiger vom Westen macht.

Russlands Interessen

Auch Moskau schätzt die Partnerschaft zur Türkei. Denn neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zielt Russland auf eine Schwächung der NATO. Die Avancen an Erdogan sind insofern ein Versuch, die Türkei und den Westen voneinander zu entfremden.

Das Engagement in Syrien rechtfertigt Moskau mit dem Argument, das syrische Regime in seinem Kampf gegen „Terroristen“ zu unterstützen.⁸ Wichtig ist dabei vor allem Syriens enorme strategische Bedeutung: Die russische Marinebasis in Tartus und der Luftwaffenstützpunkt in Hmeimim sichern den Einfluss im Nahen Osten und im Mittelmeerraum.

Außerdem möchte Moskau vom Wiederaufbau Syriens profitieren. Umfangreiche Infrastrukturprojekte und der Zugriff auf syrische Bodenschätze bieten Moskau noch dazu ökonomische Anreize. Nicht zuletzt erhofft sich Russland eine Kompensation für die etwa 6,5 Milliarden US-Dollar, die die Militäroperation in Syrien seit September 2015 gekostet hat.⁹

Mit seinem starken Engagement für das Assad-Regime möchte der Kreml nach außen seine Bündnistreue beweisen. Im Gegensatz zu den USA, die ihre

⁸ Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte im Oktober 2016, dass Moskau in Syrien Terroristen bekämpfe. Er schloss dabei sämtliche Rebellengruppen ein. Zuvor hatte Russland seinen Einsatz als Kampf gegen den IS bezeichnet. Vgl. „[Putin: War Crimes Accusations in Syria 'Political Rhetoric'](#)“, *Radio Free Europe / Radio Liberty*, 13. Oktober 2016.

⁹ Die Angaben zu den tatsächlichen Kosten des russischen Militäreinsatzes in Syrien variieren. Genaue Zahlen sind schwer

zu beziehen. Der *Moscow Times* zufolge kostet Russlands Engagement täglich etwa vier Millionen US-Dollar. Dies ergibt für den Zeitraum 30. September 2015, dem Beginn der russischen Intervention in Syrien, bis zum 1. März 2020 die Summe von 6,452 Milliarden US-Dollar. Vgl. Peter Hobson, „[Calculating the Cost of Russia's War in Syria](#)“, *Moscow Times*, 20. Oktober 2015.

Unterstützung für die Kurden eingestellt haben, bemüht sich Russland zu zeigen, dass es bereit ist, wenn nötig trotz massiver internationaler Kritik standhaft zu bleiben. Moskaus Botschaft gilt Verbündeten und dem Westen gleichermaßen: Russland ist eine Weltmacht, an der im Nahen Osten kein Weg vorbeiführt.¹⁰ In klarer Abgrenzung zum Westen etabliert sich der Kreml als *der* Gestalter einer Neuordnung Syriens.¹¹ An erster Stelle steht dabei die Wahrung regionaler Stabilität nach russischer Façon: Der zufolge ist jedes autoritäre Regime besser als ein Zustand der Instabilität.

Syriens Interessen

Die syrischen Interessen oszillieren zwischen Weisungsgebundenheit gegenüber Moskau und dem Bestreben nach politischer Entscheidungsfreiheit.¹²

Aus ökonomischer Perspektive ist die Beendigung der Isolation Aleppos, des einstigen Zentrums der syrischen Wirtschaft, wesentlich für den Wiederaufbau Syriens. Dazu sind die durch Idlib verlaufenden Fernstraßen M4 und M5 von zentraler Bedeutung.

Doch die wirtschaftliche Erholung kann es erst geben, wenn die Sicherheit wiederhergestellt ist. Der Sieg über die Rebellen in Idlib dürfte zu einem Ende des Raketenbeschusses des nahegelegenen Aleppos und der Küstenregion Latakia sowie zu einer Verringerung des Risikos von Terroranschlägen in den Provinzen führen. Dies ist sowohl Voraussetzung für das vom Regime angestrebte Wiederaufleben der Binnenwirtschaft als auch für die erhofften ausländischen Investitionen in der Region.

Das Assad-Regime verfolgt mit der Rückeroberung von Idlib auch außenpolitische Anliegen. Gelingt es, den Einfluss der Türkei einzudämmen, könnte das eine Annäherung an die Golfstaaten um Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate mit sich bringen. Diese sehen in Ankara einen regionalen Rivalen und erhoffen sich in Syrien eine Pufferzone zur Türkei. Damaskus hofft auch auf dringend benötigte Mittel für den Wiederaufbau, dessen Kosten die VN 2019 auf etwa 400 Milliarden US-Dollar schätzten. Die USA und Europa lehnen Hilfen hierfür strikt ab bzw. knüpfen sie diese an

demokratische Reformprozesse, zu denen das Assad-Regime aber nicht bereit ist.

Ein Sieg in Idlib, einem Symbolort des Aufstands gegen Assad, besäße außerdem hohen propagandistischen Wert für das Regime.

Nach einem militärischen Erfolg Assads in Idlib dürfte die noch verbliebene US-Präsenz in Syrien verstärkt in den Blick geraten, denn Damaskus wird versuchen, seine Herrschaft in den an Rohstoffen (Öl, Gas) reichen Nordosten des Landes auszudehnen, in dem die US-Truppen stationiert sind.

Dort kollidieren die Regimeinteressen außerdem mit kurdischen Autonomiebestrebungen, was Ankara und Damaskus trotz aller sonstigen Divergenzen einander näherbringt.

Drei Szenarien für Idlib

Vor dem Hintergrund dieser vielseitigen Interessen sind für die Zukunft der Provinz Idlib drei Szenarien denkbar:

Szenario eins: ‚türkische Kontrolle‘

Im ersten Szenario folgt die syrische Armee Erdogans Appell, aus Idlib abzuziehen und die Türkei und ihre Verbündeten erlangen die vollständige Kontrolle über die Provinz zurück. Dies ist, wie die Waffenruhe vom 5. März 2020 zeigt, das unwahrscheinlichste Szenario. Russlands Präsident Putin und Assad sind entschlossen, die territoriale Herrschaft des Regimes in ganz Syrien wiederherzustellen. Auch in Anbetracht großer Geländegewinne werden Moskau und Damaskus dieser Forderung nicht entsprechen. Andererseits möchte Erdogan keinen Krieg mit Russland riskieren, was eine militärische Lösung ausschließt.

Szenario zwei: ‚Konfrontation‘

Im zweiten Szenario würden Russland und Syrien durch massiven militärischen und diplomatischen Druck einen vollständigen Rückzug der türkischen Armee erzwingen und die Herrschaft über ganz Idlib wiedererlangen. Dieses konfrontative Szenario ist grundsätzlich denkbar, es bedürfte allerdings vor allem großer Zugeständnisse an

¹⁰ Barack Obama hatte Russland 2014 als „Regionalmacht“ bezeichnet. Für den Kreml war dies eine Demütigung des russischen Selbstverständnisses als globaler Akteur. Vgl. [„Obama Dismisses Russia as ‘Regional Power’ Acting out of Weakness“](#), *Washington Post*, 25. März 2014.

¹¹ Mit dem Astana-Format schuf Russland z.B. eine Verhandlungsinitiative parallel zum von den VN initiierten Friedensprozess in Syrien.

¹² Was den Einfluss Russlands auf das Damaszener Regime angeht, variieren die Auffassungen. Während europäische und amerikanische Politiker davon ausgehen, dass das Assad-Regime einer starken Weisungsgebundenheit Moskaus unterliegt, äußern russische Diplomaten, dass der Einfluss Russlands auf Damaskus nicht so groß wie allgemein angenommen sei.

Erdogan, der in Idlib die Interessen der Türkei gewahrt wissen möchte. Da Russland Ankara an sich zu binden versucht, wird Putin auf die Türkei Rücksicht nehmen. Ein prompter Abzug der Türkei scheint deshalb zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich. Ebenso eine umfassende militärische Konfrontation russischer und türkischer Truppen. Ein gänzlicher Rückzug der Türkei bleibt aber ein entscheidendes Ziel sowohl für Moskau als auch Damaskus.

Szenario drei: ‚Kompromiss‘

Im dritten Szenario kommt es zu einem umfassenderen Abkommen zwischen der Türkei und Russland. Dieses belässt Teile der Provinz Idlib zunächst bei der Türkei. Vorstellbar wäre ein ‚Klein-Idlib‘ nördlich der M4 und westlich der M5. Die Moskauer Übereinkunft vom 5. März 2020, die vorsieht, einen Sicherheitskorridor südlich und nördlich der M4 einzurichten, legt dies nahe. Ein neues Abkommen müsste u.a. den weiteren Verbleib der türkischen Truppen in den Beobachtungsposten im Regimegebiet sowie der Milizen, die sich derzeit im Niemandsland zwischen der Frontlinie und dem M4-Sicherheitskorridor befinden, regeln (vgl. Karte S.3). Ein solches Kompromiss-Szenario ist das wahrscheinlichste. Russland wird den Interessen beider Verbündeter gerecht und der Türkei wäre es möglich, die Militärpräsenz sukzessive zu verringern. Eine solche Einigung könnten Russland und die Türkei unter sich ausmachen. In diesem Falle hätte Damaskus kein Druckmittel.

Drei offene Fragen

Wenn die Türkei ihre Position in Idlib tatsächlich auf Dauer nicht halten kann, stellen sich in naher Zukunft drei Fragen, die bereits jetzt Hauptinhalte der russisch-türkischen Gespräche sind.

Erstens, was geschieht mit den Rebellen? Bei einem türkischen Rückzug ist ein Abzug der mit der Türkei assoziierten Milizen ebenfalls wahrscheinlich. Bereits jetzt sind einige hundert Kämpfer in andere Provinzen Syriens z.B. nach Afrin und in die Türkei abgerückt. Ankara wird die Hilfe von zumindest einem Teil der Rebellen noch für den Kampf gegen kurdische Autonomiebestrebungen im Nordosten brauchen. Für viele oppositionelle Kämpfer ist Idlib jedoch eine existentielle Frage, sie kämpfen in der letzten ihnen verbliebenen Provinz ums Ganze. Ein Abzug der Türkei könnte deshalb einen Bruch des Bündnisses

mit Teilen der Rebellen zur Folge haben, sogar Anschläge radikaler Gruppen gegen türkische Ziele wären dann denkbar.

Zweitens, was geschieht mit den Flüchtlingen? In der umkämpften Region leben insgesamt 3,5 Millionen Menschen. Etwa eine Million Zivilisten aus Idlib sind auf der Flucht. Die Ursachen variieren: Ein Großteil der Menschen floh aus Angst vor Verfolgung durch das Regime, andere versuchten in erster Linie den Kampfhandlungen zu entkommen. Nach einem Ende der Auseinandersetzungen dürfte also ein gewisser Teil der Flüchtlinge – wie bereits zuvor in anderen ‚Deeskalationszonen‘ z.B. in Ost-Ghuta geschehen – nach Idlib zurückkehren. Dass es viele sein werden, ist indessen unwahrscheinlich, denn der Anteil politischer Oppositioneller in Idlib ist hoch, außerdem sind viele Bewohner bereits aus anderen Landesteilen hierher geflohen. Eine Rückkehr unter Regime-Herrschaft ist für diese Menschen keine Option. Daher ist davon auszugehen, dass die Fluchtbewegung bei einem erneuten Ausbruch der Kämpfe zunehmen wird. Viele dürften dann versuchen, die Türkei und womöglich anschließend Europa zu erreichen. Ankara könnte die Möglichkeit einer ‚Umleitung‘ der Flüchtlinge in die türkisch kontrollierten Gebiete im Nordosten erwägen.¹³ Eine endgültige Klärung des Schicksals von hunderttausenden Flüchtlingen würde damit weiter verschoben werden.

Drittens, was geschieht mit den Kurden? Die Kurden sind von den Geschehnissen in Idlib zunächst nur indirekt betroffen, verschiebt sich aber der Fokus des Assad-Regimes und Moskaus auf die Provinzen im Nordosten, rücken sie ins Zentrum des Konflikts. Ihre zukünftige Rolle in Syrien ist ungewiss. Dass sie die angestrebte Autonomie verwirklichen können, ist allerdings unwahrscheinlich, denn in diesem Punkt verfolgen Syrien und die Türkei dasselbe Ziel: die Verhinderung einer kurdischen Selbstverwaltung.

Dennoch könnte es zu einer zumindest zeitweiligen Kooperation des Regimes mit den Kurden kommen, da es Letzteren an Verbündeten mangelt und Damaskus eine Autonomieregion in Nordostsyrien ebenso wenig goutiert wie eine türkische Sicherheitszone.

Moskaus Diplomaten werden geschickt verhandeln müssen, um die Interessen der drei Akteure in Einklang zu bringen, denn Russland unterhält nicht nur Kontakte nach Damaskus und Ankara, sondern auch Kanäle zur Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und zu deren syrischer Schwester, der Partei der Demokratischen Union (PYD).

¹³ Hierfür in Frage kämen die Provinz Afrin, das von der Türkei kontrollierte ‚Städtedreieck‘ Aazaz–al-Bab–Jarablus und die

Region zwischen Tal Abyad und Ras al-Ayn – alles vormals mehrheitlich von Kurden bewohnte Gebiete.

Diese betrachtet der Kreml, anders als die Türkei und Syrien, nicht als Terrororganisationen. Trotzdem dürfte Russland seinen Verbündeten in deren ablehnender Haltung gegenüber kurdischen Autonomiebestrebungen folgen, das verdeutlicht u.a. der Ausschluss der Kurden vom Astana-Prozess.

Nicht das letzte Gefecht

Trotz der Moskauer Übereinkunft vom 5. März 2020, die den Verbleib türkischer Truppen vorerst ermöglicht, könnte in Idlib bereits der Rückzug der Türkei aus Syrien begonnen haben. Erdogan ist realistisch genug und hat erkannt, dass der Krieg zugunsten des Assad-Regimes entschieden ist. Die russisch-türkische Vereinbarung verdeutlicht dies, denn sie etabliert einen neuen *Status quo* eindeutig zum Vorteil des Assad-Regimes. Zudem wächst der innenpolitische Druck. Viele Türken fordern ein Ende des militärischen Engagements im südlichen Nachbarland. Dennoch wird Ankara auch in Zukunft aus den genannten Gründen auf die Geschehnisse in Nordostsyrien Einfluss nehmen wollen.

Die Kämpfe um Idlib zeigen, dass die türkisch-russische Annäherung Grenzen hat. Bereits mehrfach kollidierten die Interessen und das Militär beider Länder. Dies dürfte Ankara verdeutlichen, dass die Möglichkeiten eines Alleingangs in Syrien begrenzt sind. Denn trotz einer in Aussicht stehenden Einigung mit Russland konfliktieren die Interessen der Türkei weiterhin mit dem Ziel Moskaus und Damaskus, das gesamte syrische Territorium zurückzuerobern. Daran wird eine mögliche Übereinkunft mit Russland in einem Post-Idlib-Szenario nichts ändern. Insofern könnten die zu Tage getretenen Konflikte Ankara wieder näher an die USA und Europa heranführen.

Ein gemeinsames Handeln Europas und der Türkei, insbesondere in der Flüchtlingspolitik, ist dringend geboten, denn Brüssel und Ankara eint das Interesse, eine erneute Flucht aus Syrien bzw. eine Verschärfung der humanitären Notlage abzuwenden. Die Türkei stemmt weltweit die Hauptlast bei der Versorgung von syrischen

Vertriebenen, was in Europa oft übersehen wird. Mit der Entscheidung vom 28. Februar 2020, die Grenze zeitweise zu öffnen und einigen zehntausend Flüchtlingen die Flucht nach Europa zu ermöglichen, wies Ankara auch auf Defizite bei der Umsetzung des Flüchtlingsabkommens mit der EU hin. Da der Krieg in Syrien fort dauert und sich eine erneute Fluchtbewegung aus Syrien andeutet, ist eine Kooperation der EU und der Türkei in der Migrationspolitik unerlässlich.

Russland wird auch weiterhin die Interessen der Türkei und Syriens ausgleichen müssen, um sich als Mittler in der Region zu positionieren. Der Kreml dürfte Ankara bei einem Abzug aus Idlib in anderen Bereichen, vor allem in Nordostsyrien, entgegenkommen, sodass die strategische Allianz gewahrt bleibt. Beide Seiten wissen, dass eine offene Konfrontation zum ihrem Nachteil wäre. Moskaus Balanceakt der Interessen dürfte nicht ganz einfach werden, da das Assad-Regime bereits in naher Zukunft eine Rückeroberung der Provinzen an seiner Nordgrenze anstreben wird.

Nach Idlib könnte Damaskus versuchen, die erhoffte ‚Normalisierung‘ der Innen- und Außenpolitik einzuleiten. Jedoch ist eine Rückkehr zum *Status quo ante bellum* nach einem Sieg des Regimes kaum vorstellbar. Syriens Wirtschaft liegt am Boden und das Land ist politisch weitestgehend isoliert. Die Wiederaufnahme von Beziehungen zum Westen scheint bis auf weiteres unmöglich. Ferner ist die syrische Gesellschaft tief gespalten und das Regime bei weiten Teilen verhasst. Assad herrscht nur mithilfe seines Sicherheitsapparats. Millionen von Syrern werden wahrscheinlich dauerhaft nicht in ihre Heimat zurückkehren können: 5,6 Millionen sind seit 2011 ins Ausland geflohen, 6,6 Millionen sind Vertriebene im eigenen Land. Schließlich sind die Ursachen des Konflikts nach einem militärischen Sieg nicht beseitigt und einem Großteil der Flüchtlinge droht weiterhin politische Verfolgung. Insofern bedeutet eine wie auch immer geartete Lösung in Idlib kein Ende des Syrienkonflikts. Hier wird nicht die letzte Schlacht des Krieges ausgefochten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Gregor Jaecke
Auslandsbüro Syrien / Irak
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/web/syrien-irak

gregor.jaecke@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)